

Verfahrensinformationen

Verfahren

Vergabenummer	2026/086
Bezeichnung	SL 28-260 - Seminarreihe "Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz
Art der Vergabe	Offenes Verfahren
Vergabeordnung	VgV
Art des Auftrags	Dienstleistung

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	Landkreis Vorpommern-Rügen
Postanschrift	Carl-Heydemann-Ring 67
PLZ	18437
Ort	Stralsund
Land	Deutschland
NUTS-Code	DE80L
Nationale Identifikationsnummer	13073000-K000-55
Telefon	+49 38313571000
Fax	+49 3831357444100
E-Mail	vergabe@lk-vr.de
Hauptadresse (URL)	http://www.lk-vr.de

Rechtsform des Beschaffers [Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Kommunalebene](#)

Haupttätigkeit [Allgemeine öffentliche Verwaltung](#)

Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind

[Entsprechend Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle](#)

Weitere Auskünfte erteilt

[Entsprechend Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle](#)

Stelle für Nachprüfungsverfahren / Vergabekammer (§ 156 GWB)

Bezeichnung	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern Geschäftsstelle der Vergabekammern
Postanschrift	Johannes-Stelling-Straße 14
PLZ	19053
Ort	Schwerin
Land	Deutschland
NUTS-Code	DE804
Nationale Identifikationsnummer	VKMV-13-L50010000000-78
Telefon	+49 385588-15164
Fax	+49 385588-485-15817
E-Mail	vergabekammer@wm.mv-regierung.de
Hauptadresse (URL)	https://www.regierung-mv.de

Beschaffung mit mehreren Auftraggebern

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben.	Nein
Die Leistung wird von einer zentralen Beschaffungsstelle erworben	Nein
Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung.	Nein

Auftragsgegenstand

Gegenstand

Beschaffungsübereinkommen (GPA)	Ja
Gegenstand	Öffentlicher Auftrag

Leistungsbeschreibung

Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Dienstleistung

Beschreibung der Beschaffung (Art und Umfang der Dienstleistungen bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)

Der LK V-R ist gemäß § 3 Abs. 3 des Landeskatastrophenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LKatSG M-V) untere Katastrophenschutzbehörde. Dabei haben die Katastrophenschutzbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen notwendige vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um einen wirksamen Katastrophenschutz zu gewährleisten. Als untere Katastrophenschutzbehörde ist der LK V-R gemäß § 14 LKatSG M-V für die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Katastrophenschutz Helfer verantwortlich. Auch die Aus- und Fortbildung der Mitglieder des Verwaltungsstabes, einschließlich der Mitglieder der Koordinierungsgruppe des Stabes gehören zu den Aufgaben.

Mithilfe des externen Dienstleisters sollen die Planung, Durchführung sowie Nachbereitung von Veranstaltungen im Krisenmanagement und dem Bevölkerungsschutz optimiert werden für:

1.ein nachhaltiges Ausbildungskonzept im Landkreis Vorpommern-Rügen für den Verwaltungsstab (VWS), der Koordinierungsgruppe des Verwaltungsstabs (KGS), den operativ-taktischen Führungseinheiten, den Führungsunterstützungseinheiten und der Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse (SaE) bei den Ämtern und Gemeinden

sowie

2. eine kontinuierliche Aus- und Fortbildung durch qualifiziertes Fachpersonal mit einheitlichen Ausbildungsinhalten gewährleistet werden.

Damit soll sichergestellt werden, dass die Einheiten und Einrichtungen im Katastrophenschutz des LK V-R zielgerichteter auf die nächsten außergewöhnlichen Ereignisse vorbereitet werden; beginnend bei den örtlichen Strukturen der Ämter und Gemeinden bis zum LK V-R.

Besonders auch geeignet für KMU (gemäß EU-Empfehlung 2003/361/EG; kleinste, kleine und mittlere Unternehmen)

Ja

Besonders auch geeignet für

- Sonstige KMU
- Selbstständige

CPV-Code Hauptgegenstand

80522000-9

Ergänzende CPV-Codes

80510000-2, 80511000-9

Optionen

Optionen [Nein](#)

Vertragsverlängerung

Verlängerungen möglich [Nein](#)

Haupterfüllungsort

Postanschrift [Carl-Heydemann-Ring 67](#)

PLZ [18437](#)

Ort [Stralsund](#)

Land [Deutschland](#)

NUTS-Code [DE80L](#)

Laufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit bzw. Dauer (ab Auftragsvergabe) [Zeitraum](#)

Beginn [01.10.2026](#)

Ende [30.10.2029](#)

Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte

Vorgabe von sozialen Aspekten [Eignung](#)
an folgender Stelle

Gefördertes soziales Ziel

- [Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation \(IAO\) entlang der globalen Wertschöpfungskette](#)
- [Faire Arbeitsbedingungen](#)
- [Sonstiges, bspw. Bindung/Einhaltung von Tarifverträgen, Berücksichtigung von Werkstätten aus dem Justizvollzug \(sog. Knastläden\)](#)

Beschreibung der sozialen Aspekte [Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und Bestimmungen zur Tariftreue und Mindestlohn](#)

Die Auftragsvergabe fällt in den [Nein](#)

Anwendungsbereich des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes

Energieeffizienz-Richtlinie

Die Energieeffizienz-Richtlinie (EED) findet Anwendung [Nein](#)

Fristen

BEZEICHNUNG	DATUM, GGF. UHRZEIT
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	16.06.2026
Angebotsfrist	29.06.2026 10:00 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	31.08.2026

**Ausgewählte
Ausnahmetatbestände**

Für die Prüfung und Wertung der Angebote wird ein erhöhter Aufwand erwartet. Trotz der Festlegung eines späteren Termins für den Abschluss der Angebotsauswertung bleibt die Bindefrist angemessen. Der Termin für den Abschluss der Angebotsauswertung wird manuell angepasst.

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode

Wirtschaftlich günstigstes Angebot gemäß der im Anschreiben oder den Vergabeunterlagen angegebenen Kriterien.

Lose

Die Vergabe ist nicht in Lose aufgeteilt.

Eignung/Bedingungen

Einzureichende Eignungsnachweise

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bezeichnung	Benennung der zur Führung der Geschäfte vor Ort bestellten Person und eines Stellvertreters
Bereich	Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen
Form	Mittels Eigenerklärung
Bezeichnung	Bescheinigung über eine Sicherheitsüberprüfung mind. der Projektleitung des Bieters nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz in der Stufe 1
Bereich	Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen
Form	Mittels Dritterklärung
Bezeichnung	Bietererklärung hinsichtlich der Beachtung der ILO-Kernarbeitsnorm (§ 13 TVgG M-V)
Bereich	Bedingung an die Auftragsausführung
Form	Mittels Eigenerklärung
Beschreibung	Bietererklärung hinsichtlich der Betrachtung der ILO Kernarbeitsnormen gemäß §13 des Tariftreue- und Vergabegesetz M-V vom 18 Dezember 2023 (TVgG M-V GS Meckl.- Vorp. GL. Nr. 703-5)
Bezeichnung	Eigenerklärung Sprachniveau mind. C1 DEUTSCH gem. Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER)
Bereich	Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität
Form	Mittels Dritterklärung
Bezeichnung	Erklärung des Unternehmens nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern und der Mindestarbeitsbedingungenverordnung
Bereich	Bedingung an die Auftragsausführung
Form	Mittels Eigenerklärung
Bezeichnung	Formblatt 124 LD Eigenerklärung zur Eignung Liefer- / Dienstleistungen
Bereich	Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Form	Mittels Eigenerklärung
Beschreibung	Eigenerklärung zur Eignung in folgendem Vergabeverfahren
Bezeichnung	Nachweis ,dass die Seminarleitung über einen Abschluss im Rettungs-, Feuerwehr-, Sicherheitswesen oder Bevölkerungsschutz mit langjährigen Erfahrungen im Krisenmanagement verfügt
Bereich	Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen
Form	Keine oder anderweitige Formerfordernis
Bezeichnung	Nachweis einer angemessenen Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer
Bereich	Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Form	Mittels Dritterklärung

Beschreibung	Die Deckungssumme je Schadensfall muss mindestens 500.000 Euro pauschal für Sach-, Vermögens- und sonstigen Schäden betragen, jeweils bezogen auf den jeweiligen Schadenfall, und sich auch auf die gegenständlichen Aufgaben des ausgeschriebenen Vertrages beziehen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Wenn ein solcher Versicherungsschutz noch nicht oder nicht in der geforderten Höhe besteht, ist eine schriftliche Eigenerklärung vorzulegen, wonach der Bieter dem AG den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Zuschlagsfalle zusichert. Der Abschluss der (erhöhten) Versicherung ist im Zuschlagsfalle innerhalb von vier Wochen nach Zuschlag nachzuweisen. Bei Bietergemeinschaften ist der Versicherungsschein mit den geforderten Deckungssummen für jedes Mitglied beizufügen. Bezüglich der Eigenerklärung zur Anpassung auf die geforderten Deckungssummen genügt es, wenn sie von der Bietergemeinschaft insgesamt vorgelegt wird
Bezeichnung	Präqualifizierungszertifikat oder Vorlage eines aktuellen Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung
Bereich	Eintragung in das Handelsregister
Form	Keine oder anderweitige Formerfordernis
Beschreibung	Präqualifizierungszertifikat oder Vorlage eines aktuellen Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung nicht älter als 6 Wochen für den Bieter, jedes Mitglied der Bietergemeinschaft und (bei Eignungsleihe) jeder Nachunternehmer (im Falle eines Handelsregisterauszuges genügt ein Auszug von www.handelsregister.de); wenn keine Registerpflicht besteht, ist eine entsprechende Eigenerklärung einzureichen
Bezeichnung	Verpflichtungen des beauftragten Unternehmens nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern (TVgG M-V)
Bereich	Bedingung an die Auftragsausführung
Form	Mittels Eigenerklärung
Bezeichnung	Vorlage von Urkunden, Zertifikaten und/oder sonstigen Abschlüsse
Bereich	Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen
Form	Keine oder anderweitige Formerfordernis
Beschreibung	Anhand der Dokumente muss eindeutig und zweifelsfrei ersichtlich sein, dass die mit der Umsetzung des Projektes betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fachlich in der Lage sind das Projekt zu betreuen und dementsprechend umzusetzen. Hierbei können auch entsprechende Dokumente des Unternehmens vorgelegt werden, aus denen ersichtlich ist, dass das Unternehmen fachlich qualifiziert ist.

Bedingungen für den Auftrag

Es werden Kautionen oder Sicherheiten gefordert **Nein**

Eine Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, hat eine bestimmte Rechtsform anzunehmen **Nein**

Besondere Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Darlegung der besonderen Bedingungen

1. Bietererklärung hinsichtlich der Beachtung der ILO-Kernarbeitsnorm (§ 13 TVgG M-V)
2. Erklärung des Unternehmens nach dem Tariftreu- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern und der Mindestarbeitsbedingungenverordnung
3. Verpflichtungen des beauftragten Unternehmens nach dem Tariftreu- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern (TVgG M-V)

Verpflichtung zur Angabe des Namens und der beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Ja

Vorbehaltene Aufträge

Sind die Aufträge vorbehalten? **Nein**

Bevorzugung

Auf eine Bevorzugung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetriebe soll hingewiesen werden

Nein

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlagen mit Teilnahmeantrag/ Angebotsabgabe gefordert war, werden

nachgefordert

Zusätzliche Informationen zur Nachforderung

Die Unterlagen werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nach § 56 Abs. 2 - 4 VgV nachgefordert.

Eignungskriterien der Vergabe

OZ	BEZEICHNUNG
1	Benennung der zur Führung der Geschäfte vor Ort bestellten Person und eines Stellvertreters
2	Bescheinigung über eine Sicherheitsüberprüfung mind. der Projektleitung des Bieters nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz in der Stufe 1
3	Eigenerklärung Sprachniveau mind. C1 DEUTSCH gem. Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER)
4	Formblatt 124 LD Eigenerklärung zur Eignung Liefer- / Dienstleistungen
5	Nachweis ,dass die Seminarleitung über einen Abschluss im Rettungs-, Feuerwehr-, Sicherheitswesen oder Bevölkerungsschutz mit langjährigen Erfahrungen im Krisenmanagement verfügt
6	Nachweis einer angemessenen Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer
7	Präqualifizierungszertifikat oder Vorlage eines aktuellen Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung
8	Vorlage von Urkunden, Zertifikaten und/oder sonstigen Abschlüsse

Formale allgemeine Ausschlussgründe

Ausschlussgrund 'Rein nationale Ausschlussgründe'

Ausschlussgrund 'Bildung krimineller Vereinigungen'

Ausschlussgrund 'Bildung terroristischer Vereinigungen'

Ausschlussgrund 'Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung'

Ausschlussgrund 'Betrug oder Subventionsbetrug'

Ausschlussgrund 'Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung'

Ausschlussgrund 'Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen'

Ausschlussgrund 'Zahlungsunfähigkeit'

Ausschlussgrund 'Insolvenz'

Ausschlussgrund 'Einstellung der beruflichen Tätigkeit'

Ausschlussgrund 'Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren'

Ausschlussgrund 'Schwere Verfehlung'

Ausschlussgrund 'Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen'

Ausschlussgrund 'Interessenkonflikt'

Ausschlussgrund 'Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung'

Ausschlussgrund 'Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags'

Ausschlussgrund 'Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens'

Teilnahme-/Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch	Ja, mittels Vergabemarktplatz "DTVP-Satellite EGOMV"
URL zu den Auftragsunterlagen	https://evergabe-mv.de/Satellite/notice/CXVHYD3YTV2NWUST/documents
Zugriff auf Auftragsunterlagen	Uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugriff, gebührenfrei, unter der oben genannten URL
Postalischer Versand	Nein
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind.	Nein

Teilnahmeanträge/Angebote

Angebotsfrist

Datum und Uhrzeit Montag 29. Juni 2026 10:00 Uhr

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Es findet ein öffentlicher Eröffnungstermin mit Beteiligung der Bieter statt	Nein
Beginn des Angebotseröffnungstermins	-Keine Angabe-

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten Angebote	Elektronisch in Textform
URL, unter der elektronische Angebote abgegeben werden können	https://evergabe-mv.de/Satellite/notice/CXVHYD3YTV2NWUST

Weitere Anforderungen an Angebote

Elektronische Kataloge	Nicht zulässig
Forderung von Proben und Mustern	Nein

Elektronische Auktion

Eine elektronische Auktion wird **Nein** durchgeführt

Besondere Anforderungen zu Unterauftragnehmern

Die Namen der **Ja**
Nachunternehmer sind bereits
bei der Angebotsabgabe
anzugeben.

Mehrere Hauptangebote

Es sind mehrere **Nein**
Hauptangebote eines Bieters
zugelassen

Nebenangebote

Nebenangebote sind **Nein**
zugelassen

Sprache(n)

Sprache(n), in der (denen) **Deutsch**
Angebote oder
Teilnahmeanträge verfasst
werden können

Verfahren/Sonstiges

Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

Wiederkehrender Auftrag

Es handelt sich um einen **Nein**
wiederkehrenden Auftrag

Mittel der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung **Nein**
mit einem Vorhaben und/oder
Programm, das aus Mitteln der
Europäischen Union finanziert
wird

Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt. Ja

Elektronische Rechnungsstellung Erforderlich

Die Zahlung erfolgt elektronisch. Ja

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

1. Die Vergabeunterlage "Bietererklärung KMU - Angaben zur Unternehmensgröße" ist auszufüllen! Sie dient der Abfrage zum Status als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen und ist notwendig zur Erfüllung der EU-weiten Berichtspflicht. Es handelt sich um eine Statistikangabe i.S.d. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 3 VergStatVO.

2. Die Vergabeunterlage "Formblatt Russlandsanktionen - EU-Sanktionen" ist auszufüllen!
 - a. Gemäß Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates (in der jeweils aktuellen Fassung) besteht ein striktes gesetzliches Zuschlags- und Vertragserfüllungsverbot für Unternehmen mit Russland-Bezug. Der Auftraggeber ist gesetzlich verpflichtet, das Nichtvorliegen dieser Ausschlussgründe im Rahmen des Vergabeverfahrens zu überprüfen.
 - b. Alle Bieter (bzw. Bietergemeinschaften) sind verpflichtet, das im Paket der Vergabeunterlagen bereitgestellte "Formblatt Russlandsanktionen - EU-Sanktionen" vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich erklärt zusammen mit dem Angebot elektronisch über die Vergabepattform hochzuladen. Die Erklärungspflicht erstreckt sich gemäß den gesetzlichen Vorgaben auch auf etwaige Mitglieder einer Bietergemeinschaft sowie auf Unterauftragnehmer und im Wege der Eignungslieferung einbezogene Unternehmen, sofern deren Kapazitäten zu mehr als 10 % des Auftragswertes in Anspruch genommen werden.
 - c. Reicht der Bieter, dessen Angebot für den Zuschlag in Betracht kommt, die Eigenerklärung nicht mit dem Angebot ein, wird diese vom Auftraggeber gemäß § 56 Abs. 2 VgV unter Fristsetzung einmalig nachgefordert. Wird das Dokument auch innerhalb dieser Nachforderungsfrist nicht oder unvollständig vorgelegt, wird das Angebot wegen Unvollständigkeit zwingend vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

3. Das Preisblatt ist zwingend auszufüllen, zusätzlich zum Formblatt 633!

4. Für die Angaben der Referenzen ist die Anlage "Referenzlisten - SL 28-260" zwingend zu verwenden!

5. Der Zuschlag wird auf das Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis erteilt. Das bedeutet, dass neben dem Angebotspreis weitere (qualitative) Zuschlagskriterien berücksichtigt werden. Der Zuschlag wird anhand der "einfachen Richtwertmethode" ermittelt. Details entnehmen Sie bitte zwingend der Anlage "Zuschlagskriterien - SL 28-260".

6. Für die Erstellung der Angebote einschließlich der Erstellung von Entwürfen und Ausarbeitungen wird keine Vergütung gewährt.

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Ein Nachprüfungsantrag ist nur zulässig, wenn:

1. der Antragsteller von ihm erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis gerügt hat, § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB,
2. der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat, § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB,
3. der Antragsteller Verstöße, die in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat, § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB,
4. nicht mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB